

LinksBlick!

Mitgliederzeitung Ausgabe 01/2011

DIE LINKE.
THÜRINGEN

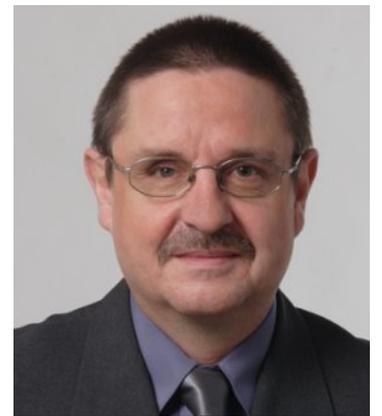
www.die-linke-thueringen.de



**100 Jahre Internationaler Frauentag
1911 bis 2011 - damals wie heute!**

- Die gleichberechtigte Teilhabe von Männern an Hausarbeit und Kindererziehung
- Die Möglichkeit, mit Kindern zu leben und berufstätig zu sein
- Eine menschenwürdige Wohn- und Lebensumwelt
- Recht auf Arbeit
- Gerechte Entlohnung
- Menschgerechte Arbeitsbedingungen
- Gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen
- Eigenständige soziale Sicherung für die Frau
- Berufliche Entfaltung und Fortentwicklung
- Familiengerechte Arbeitszeiten
- Die Befriedigung kultureller Bedürfnisse
- Humane Politikformen
- Toleranz
- Frieden

Zum Geleit



Liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten Monaten haben wir intensiv darüber diskutiert, wie wir die Arbeit unserer Partei verbessern können. Die Herausforderungen sind groß und die Erwartungen der Menschen an uns sind hoch.

In der Diskussion um soziale Gerechtigkeit, Hartz IV, gute Arbeit, Mindestlohn, Bildungsgerechtigkeit und die Friedenspolitik sind wir gefragt.

Wir wurden 2009 gewählt, weil von uns erwartet wird, dass wir für konkrete Veränderungen eintreten. Das wollen wir auch getreu unserem Motto „Eine Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag“ tun. Wir haben Regionalkonferenzen durchgeführt und ich habe alle Kreise besucht. Als ein wesentliches Problem hat sich die Kommunikation herausgestellt. Im April 2010 haben wir deshalb begonnen, einen elektronischen Newsletter herauszugeben. Die Resonanz darauf ist sehr positiv. Nach Abstimmung mit den Kreisvorständen haben wir uns entschlossen, zusätzlich diese Mitgliederzeitung herauszugeben, die vier Mal im Jahr erscheinen soll.

Ich möchte Euch einladen, an dieser Zeitung mit zu schreiben, und sie zu einer wirklichen Mitgliederzeitung zu machen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass unsere Mitglieder mit diesem neuen Medium umfänglich über das Geschehen in unserem Landesverband informiert werden. Damit das ohne Umwege passiert, haben wir uns entschieden, dass ein Teil der UNZ beigelegt wird und weitere Exemplare auf dem Weg der Postzustellung direkt zu Euch geschickt werden. Ich wünsche unserem Projekt LinksBlick! viel Erfolg.

Knut Korschewsky

Der Kampf geht weiter, auch in Thüringen

In der Thüringer Frauenpolitik wird in einer Art Politiküche experimentell das Süppchen gekocht. Da stellen sich schon einige Fragen:

Welches Süppchen wird hier von wem gekocht? Und wer, bitte schön, wird dies auslöffeln wollen oder müssen? Wer bekommt die zarten Stücke und wer prügelt sich unterm Tisch um den Rest? Woher kommen die Zutaten und wie trickreich wird mit Geschmacksverstärkern gearbeitet?

In Thüringen wie anderswo leben wir als Frauen nämlich inmitten einer selbstherrlichen Mannerwirtschaft. Quantitativ sowieso und qualitativ auch. Und das schmeckt uns nicht!

Kinderbetreuung und Altenpflege wird traditionell noch immer vorwiegend von Frauen geleistet und aufgrund der klassischen Rollenzuschreibung auch von ihnen erwartet. Dadurch haben Frauen einen Wettbewerbsnachteil auf dem Arbeitsmarkt. Es gilt zum einen, Männer in diese Arbeiten verstärkt einzubinden und zum anderen, die Kompetenzen, die durch diese Form der Familienarbeit erworben werden, gesellschaftlich besser zu honorieren.

Die gesellschaftliche Anerkennung von Familienarbeit (als gleichgestellte Arbeit in Bezug zur Erwerbsarbeit, mit dem Ausschließen von nachträglichen Diskriminierungen über die Rentenpunkte) schafft den Abbau von Be-

nachteiligungen und trägt gleichzeitig individuellen Bedürfnissen Rechnung. Soziale Verantwortung muss auf beide Geschlechter verteilt werden. Gleiches gilt für die Pflege alter Menschen. Auch hier müssen Ungleichbehandlungen und Benachteiligungen verändert werden.

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, in Bezug auf Umfang als auch auf Arbeitszeit schafft bessere Voraussetzungen, Elternschaft und Erwerbsleben zu vereinbaren. Durch flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer können die familiären und beruflichen Aufgaben zwischen den Geschlechtern gerechter verteilt werden. Es geht darum, Teilzeitarbeit so attraktiv zu gestalten, dass sowohl Frauen als auch Männer dieses Angebot in Anspruch nehmen. Flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen Orientierung an Ressourcen der derzeit benachteiligten Frauen bzw. Männer.

Kinderbetreuung und Erziehung ist keine Privatangelegenheit der Eltern. Möchte man die gleichwertige Teilhabe von Männern und Frauen am gesellschaftlichen Leben, muss die öffentliche Kinderbetreuung auf hohem Niveau geregelt sein. Ein dichtes Netz an qualitativ hochwertigen Betreuungseinrichtungen für Kinder gilt es von staatlicher Seite als Grundlage zur Verfügung zu stellen. Die Kinderbetreuungszeiten müssen flexibilisiert und an den Bedürfnissen der Eltern

angepasst werden. Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen sind gleichermaßen an den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu orientieren und auszurichten. Da die Sensibilität für Geschlechterunterschiede, -gerechtigkeit, -gleichstellung in früheren Ausbildungen nur wenig berücksichtigt wurde, ist es notwendig, das heute tätige Personal in diesen Themenfeldern zu qualifizieren. Gerade Lehrpersonen dienen Kindern als Vorbild und vermitteln bestimmte Überzeugungen bezüglich ihrer Rollenkonstruktionen. Diese Vermittlung bewusst zu reflektieren und zu gestalten, wäre ein Hauptziel eines Qualifizierungsangebotes.

All das sind seit Jahren politische Forderungen unserer Partei, wenn es um emanzipatorische Frauenpolitik geht. Es wäre ein Riesenerfolg, wenn irgendwann einmal „ein Rotkäppchen auch mal einen Wolf verschlingt“, wie Gertrud Höhler (*1941), eine deutsche Managerin und Kommunikationsberaterin, einmal sagte!

Dafür, dass das passiert, gibt es uns. Frauen, die in sozialistischen Wurzeln und Traditionen ihre Rechte und Forderungen benennen und nicht müde werden, dies zu tun.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen den Mut und die Kraft, weiter zu streiten.

Katrin Christ-Eisenwinder

Geschichte

100 Jahre Frauentag -
100 Jahre Kampf um
Emanzipation in der
Bundesrepublik

- **1919**
Einführung Frauenwahlrecht
- **1954**
Beschäftigungsverbot für
verheiratete Frauen im öffentlichen
Dienst aufgehoben
- **1958**
Gleichberechtigungsgesetz
- **1958**
Aufhebung des Lehrerinnenzölibats
- **1959**
BVerfG stellt Nichtigkeit des
Gehorsamsparagrafen im
Eherecht fest
- **Ende 1950-er**
gemeinsamer Unterricht für Jungen
und Mädchen
- **1976**
Gleichberechtigung bei finanziellen
Dispositionen jenseits der
Schlüsselgewalt
- **1976**
als gemeinsamer Familienname
durfte der Name der Frau gewählt
werden
- **1977**
die Frau darf ohne Einverständnis
des Mannes erwerbstätig sein
- **1977**
es gilt das Partnerschaftsprinzip,
keine gesetzlich vorgeschriebene
Aufgabenteilung mehr
- **1991**
BVerfG kippt Regelung zur
Übernahme des Namen des
Ehemannes
- **1994**
beide Eheleute können ihren alten
Familienamen beibehalten
- **1995**
Festlegung des
Schwangerschaftsabbruches in der
heutigen Fassung

Newsletter

DIE LINKE.
THÜRINGEN

Unter: www.die-linke-thueringen.de könnt Ihr
den elektronischen
Newsletter bestellen

DIE LINKE. Thüringen
Eugen-Richter-Str. 44
99085 Erfurt
fon 0361-60 111 30
fax 0361-60 111 41
lgeschaeftsstelle@die-linke-thueringen.de

Erneut Naziaufmarsch in Dresden verhindert

Gemeinsam mit GenossInnen aus dem Ilm-Kreis war dieses Mal auch meine Schwester morgens um halb 6 auf dem Autohof in Thörey mit in den Bus zu den MitfahrerInnen aus dem Wartburgkreis und dem Landkreis Gotha gestiegen, um sich den alten und neuen Nazis in Dresden in den Weg zu stellen.

Mit vielen Fragen hatte sie sich in den Tagen vor dem 19. Februar versucht, auf ihre erste große Anti-Nazi-Demo vorzubereiten. Oft konnte ich nur mit Berichten aus den Vorjahren antworten, immer aber mit dem Zusatz „Was diesmal passiert, kann ich nicht sagen. Es könnte dies oder jenes oder etwas ganz anderes passieren.“ Das einzig Sichere: es würde eiskalt werden.

Das Erste, was uns unvorbereitet traf: der Plan, in einem großen Buskonvoi zu fahren, ging tatsächlich auf. Es war beeindruckend, an der Treffpunkt-Raststätte anzukommen und auf so viele Gleichgesinnte aus ganz Thüringen und Hessen zu treffen. Nach den Erfahrungen des vorigen Jahres hatte ich nicht für möglich gehalten, dass der Konvoi zustande kommen würde. Und welch beeindruckendes Bild dieser Konvoi von ca. 40 Bussen dann erst auf der Autobahn abgab – Bianka war begeistert!

Kurz vor Dresden dann stoppten die Busse. „Alles aussteigen! Ab hier zu Fuß.“ Schätzungsweise 1.800 fröhliche Menschen machten sich auf den (ca. 6 Kilometer weiten?) Weg in die Dresdener Innenstadt. Eine eindrucksvolle Demonstration!

Kurz vor der Reichenbachstraße endete diese dann jäh, als Einsatzkräfte der Polizei sich uns in den Weg stellten. Hier musste schnell entschieden werden: versuchen wir, durch die Polizeikette hindurch zu kommen oder



Ortseingangsschild Dresden, der größte Teil des Marsches liegt noch vor uns

suchen wir uns einen Weg durch die Gassen des Wohngebietes? Der größte Teil der DemonstrantInnen wählte die zweite Variante, wenig später gestoppt durch einen zum Teil massiven und brutalen Polizeieinsatz (incl. des Einsatzes von Pfefferspray) an der Kreuzung Strehlemer Straße – Franklinstraße in der Südvorstadt. Ziemlich schnell war klar: wir würden nicht in Richtung der angemeldeten Kundgebungen weiterkommen, der einzige Weg, den die Polizei uns gestattet hätte, wäre der in nördlicher Richtung gewesen – weg vom Geschehen.

Etwa 600 DemonstrantInnen entschlossen sich dann, die Kreuzung besetzt zu halten: „Wir werden uns jetzt auf diese Kreuzung setzen und das Ganze dann durchstehen!“ Wie sich erst später herausstellte, warn wir genau richtig: nämlich auf einer Straße, die den Faschisten sowohl als Anfahrtsroute als auch als Demonstrationstrecke hätte dienen sollen. Und hier blieben wir dann auch und wurden viele in dieser Blockade, die dann später durch eine Anmeldung als Mahnwache unter den Schutz des Ver-

sammlungsrechtes gestellt wurde (was in der Folge dann dazu führte, dass die Polizeikräfte nach Aufforderung auch den Wasserwerfer entfernten).

Im Großen und Ganzen war es eine fröhliche und friedliche Blockade mit nur wenigen Zwischenfällen, versorgt wurden wir mit heißem Tee von der IG Metall und von Bündnis 90/Die Grünen organisierter Suppe, ein Hotel stellte gegen Gebühr seine Toiletten zur Verfügung, aus dem Jenaer Lautsprecherwagen wurden wir mit Musik und den neuesten Infos des Aktionsradios versorgt.

Große Erleichterung und Jubel dann, als klar war: Etwa 20.000 Menschen stellen oder setzen sich in der ganzen Stadt den Faschisten in den Weg, die Aufmärsche der Nazis wurden verhindert.

Erschöpft, durchgefroren, aber hochzufrieden konnten wir also dann am Abend den Rückweg antreten. Und meine Schwester – sie wird nächstes Jahr wieder dabei sein.

Sabine Berninger (KV Ilmkreis)



Friedliche Blockade an der Kreuzung Strehlemer-/Franklinstraße, davor massive Polizeiabsperungen Richtung Bahnhof

Zwischenetappe in der Programmdebatte

Am 12. Februar 2011 trafen sich in Eisenach Mitglieder der Landesverbände der Partei DIE LINKE aus Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Thüringen, um über das Programm der Partei zu debattieren. Im Mittelpunkt standen die Themen Arbeit und Eigentum, Friedenspolitik sowie Europa-politik. Mit ca. 140 Teilnehmern war die Veranstaltung sehr gut besucht und zeichnete durchaus ein repräsentatives Bild zum Stand der Programmdebatte in den vier Landesverbänden.

Im Nachgang wurde die Veranstaltung überwiegend positiv gewertet. Das hat aus meiner Sicht vor allem folgende Gründe:

Erstens wurde die Debatte zum vorliegenden Entwurf mit dem Ziel geführt, diesen weiter zu qualifizieren. Unterschiedliche Positionen wurden dabei sachlich erörtert und abgewogen. Dieser Arbeitsstil beförderte das Ziel, ein Programm zu entwickeln, welches weit mehr sein kann als nur Kompromisse zwischen Flügeln. Vielmehr, so wurde von Teilnehmern immer wieder betont, dass es um demokratisch erstrittene Prämissen gehen muss, hinter denen sich die große Mehrheit der Partei versammeln kann.

Zweitens: Die Regionalkonferenz hat gezeigt, dass eine sachliche und faire Debatte ohne gegenseitige Unterstellungen und Verdächtigungen auch bei schwierigen und strittigen Fragen nicht nur notwendig, sondern eben auch möglich ist.

Drittens wurde deutlich, dass gerade die Programmdebatte das Zusammenwachsen von Ost und West in der Partei voranbringt. „Eisenach“ hat gezeigt, dass inhaltliche Debatten weit

mehr zur gemeinsamen Partei führen als Struktur-, Ämter- und Personaldiskussionen.

Viertens: Die Einführung von Prof. Dr. Klaus Dörre von der Universität Jena hat dafür gesorgt, dass unser mitunter fataler Hang zum Schmoren im eigenen Saft von Beginn an ausgeschlossen wurde.

Diese vier Gesichtspunkte unterstreichen den Erfolg der Beratung schon für sich, wobei selbstverständlich auch wichtige Akzente in der Sache gesetzt wurden.

Übereinstimmung bestand weithin darin, dass eine sozial bestimmte Tagespolitik, die Verbesserung der Zustände im Hier und Heute, ebenso zum Wesen einer linken Partei gehören wie ihre längerfristigen Ziele, die vorherrschende Kapitaldominanz zu überwinden und eine Gesellschaft zu erreichen, in der die Freiheit des Einzelnen Bedingung für die Freiheit aller ist. Links wirkt, wenn aktuelle Politik und linke Programmatik eben nicht als Gegensätze dastehen.

Die aktuelle linke Politik und eben auch die Programmatik müssen sich, so wurde in durchaus kritischer Reflexion zum Programmwurf deutlich, als europäisch und international verstehen.

Arbeit und Eigentum, Reichtum, Armut, Verteilungsgerechtigkeit und Demokratie müssen vor dem Hintergrund der Spezifik der aktuellen Krise gesehen werden. Insofern wurde Klaus Dörres These von der ökonomisch ökologischen Doppelkrise aufgenommen. Sie besagt u. a., dass mit herkömmlichem Wirtschaftswachstum gesellschaftliche Probleme nicht mehr – zumindest aber nicht annähernd sozial gerecht – gelöst werden können. Ausgehend davon muss eine linke so-

zialistische Partei programmatische Vorschläge unterbreiten, wie wir mittels eines demokratisch-emanzipatorischen Prozesses qualitatives Wachstum entwickeln können, welches den Schutz der natürlichen Lebensbedingungen, soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Erörtert wurden auch verschiedene Einzelfragen. So wurde konstatiert, dass unser Eintreten für gute Arbeit, für Mindestlohn und gleichen Lohn für gleiche Arbeit oder die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grund-sicherung in der Perspektive ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht ausschließen. Diese Aspekte müssen gemeinsam debattiert werden.

Ausgehend von unserem Grundziel einer friedlichen Welt ohne Kriege wurde konstatiert, dass unser Parteiprogramm eben nicht jedes Detail, wie etwa ein Für oder Gegen zu UN-mandatierten Einsätzen enthalten muss. Ein Kompromiss, der Klarheit in der Grundposition schafft und die demokratische Debatte zum Detail selbstverständlich weiter ermöglicht, wäre eine vernünftige Lösung.

Ein solches Herangehen mahnte Klaus Dörre am 12. Februar voll zu recht an, indem er ausführte, [dass] „die [Programmdebatte – der Autor] so geführt werden kann, dass mehr Klarheit entsteht, aber dass man sich nicht so zerstreitet, dass man hinterher nicht mehr zusammen politisch arbeiten kann.“ Diesem Anspruch ist die Regionalkonferenz durchaus gerecht geworden.

Dieter Hausold, Leiter der AG Programm

Videos: <http://www.youtube.com/DIELINKETH>

Rentenlücke für Frauen muss geschlossen werden

Nachträglich Gerechtigkeit für in der DDR geschiedene Frauen schaffen – dies hat sich eine Interessengemeinschaft von Betroffenen auf die Fahne geschrieben. „Von der Politik vergessen, damit muss jetzt Schluss sein“, unterstützt Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, das Ziel der Initiative. Viele Frauen, die in der DDR geschieden wurden und lange Hausfrauen waren, müssten heute als Rentnerinnen in Armut leben, weil sie nur eine geringe Altersversorgung bekämen.

„Im Gegensatz zu geschiedenen Frauen im Westen haben sie keinen Anspruch auf einen Versorgungsausgleich. Und das, obwohl das Ende der DDR mehr als 20 Jahre zurückliegt“, resümiert die Abgeordnete ein Ge-

spräch mit den Betroffenen im Erfurter Frauenzentrum. So hätten viele Frauen erst die Kinder groß gezogen, zwischendurch gearbeitet, dann irgendwann die eigenen Eltern gepflegt, dann vielleicht noch die Schwiegereltern. „Viele haben das auch getan, um dem Mann für die Karriere den Rücken freizuhalten“, ist Stange überzeugt. Wenn dann eine Scheidung gekommen sei, hätte nach DDR-Maßstäben eine auskömmliche Alterssicherung gezahlt werden können, denn in der DDR sei eine Rente vorrangig nach Versicherungsjahren ermittelt worden. Die Höhe des beitragspflichtigen Einkommens habe nur eine untergeordnete Rolle gespielt. „Nach gesamtdeutschem Recht ist jetzt allein das Einkommen maßgeblich für die Rente“, schildert die Linksfraktionärin das Dilemma der geschiedenen Frauen.

Der Politik sei das Problem sattsam bekannt. So habe DIE LINKE auf Bundes- und Landesebene immer wieder Anträge in die Parlamente eingebracht, die diese Lücke bei der Rentengerechtigkeit schließen sollten. „Passiert ist leider nichts“, zeigt sich Stange enttäuscht. Man könne vielmehr den Eindruck gewinnen, dass die Bundesregierung auf eine „biologische Lösung“ hoffe, seien die zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen doch bereits heute in einem fortgeschrittenen Alter. Deswegen dürfe die Lösung des Problems nicht weiter hinausgezögert werden, fordert Stange. „Wir prüfen eine Bundesratsinitiative zur Klärung der Angelegenheit“, kündigt sie an – und wird auch das Engagement der betroffenen Frauen weiter unterstützen.

Michael Kemper

Thüringen Links
das linke Infoportal*

Montags bis Freitags schreiben wir über linke Politik in Thüringen und darüber hinaus - täglich aktuell und exklusiv! Außerdem finden Sie hier ständig das Neueste aus der Thüringer LINKEN. Nachrichten, Texte & Termine aus unserer Landtagsfraktion, der Partei und Thüringens linker Zeitung, der UNZ.

www.linkesthueringen.de

UNZ
UNSERE NEUE ZEITUNG

Jahresabo für 24,40 €
bestellen unter:
www.unz.de
verlag@unz.de
fon 0361-73 15 79 5

Hilf mit!
Jetzt spenden
oder als Helferin
oder Helfer aktiv
werden

DIE LINKE.
THÜRINGEN

www.thueringen-braucht-veraenderung.de

Impressum

LinksBlick! Mitgliederzeitung der Partei DIE LINKE. Thüringen
Redaktion: Dirk Anhalt (V.i.S.d.P.), Katrin Christ-Eisenwinder, Thomas Schneider, Jürgen Spilling, Paul Wellsow
Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt
fon 0361 - 60 111 54
fax 0361 - 60 111 41
lgeschaefststelle@die-linke-thueringen.de
www.die-linke-thueringen.de
Druck: TA Druckhaus GmbH & Co. KG
Der LinksBlick! erscheint viermal im Jahr. Er wird allen Mitgliedern der Partei DIE LINKE. Thüringen auf dem Postweg zugesandt.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 10. Mai 2011

Termine

- **26. März:** Regionalkonferenz zur Programmdebatte mit Stefan Liebich in Erlau, Hotel "Grüne Erle", Beginn 14:00 Uhr
- **30. März:** Regionalkonferenz zur Programmdebatte mit Klaus Ernst in Sondershausen, Carl-Schroeder-Saal, Beginn 18:00 Uhr
- **02. April:** Zukunftswerkstatt DIE LINKE. Thüringen, Haus der Parität, Bergstraße 9, Neudietendorf
- **17. April:** Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald, ab 13:30 Uhr auf dem ehemaligen Appellplatz des KZ Buchenwald
- **23. April:** Ostermarsch, 10:00 Uhr, Bahnhof Ohrdruf
- **01. Mai:** Zentrale Veranstaltung der LINKEN. Thüringen gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Parteien in Erfurt
- **27. Mai:** Linkes Spektakel - Thüringen rockt! Fest der LINKEN in Erfurt auf dem Anger, ab 12:00 Uhr, Musik, Kinderunterhaltung, Markt der Möglichkeiten, Polit-Highlight: Oskar Lafontaine
- **28. Mai:** Landesparteitag der LINKEN. Thüringen in Sömmerda, Strategieparteitag



- **10. - 13. Juni:** Pfingsten mit DIE LINKE. in der Europäischen Jugendholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof, Anmeldung in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN in Erfurt
- **Kinderferienlager am Balaton:** Mit "Ottokar" und DIE LINKE. Thüringen in die Ferien **vom 08. Juli - 21. Juli und vom 19. Juli - 01. August** Anmeldung unter: www.die-linke-thueringen.de oder 0361/60 111 30

Ostermarsch am 23. April 2011 in Ohrdruf

Die Geschichte des Truppenübungsplatzes in Ohrdruf

Der Truppenübungsplatz Ohrdruf hat eine hundertjährige Geschichte. Er wird bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, zuerst als Manövriertplatz, später als Übungsplatz der kaiserlichen Reichswehr genutzt.

Im 1. Weltkrieg wurden auf dem Truppenübungsplatz Regimenter ausgebildet und ein Kriegsgefangenenlager eingerichtet. 1918 gründete sich hier ein Arbeiter- und Soldatenrat und ab 1936 unterhielt die Reichspost eine geheime Fernmeldeführungsanlage.

Während des 2. Weltkrieges wurde auf dem Gelände des heutigen Truppenübungsplatzes ein kleines Lager für sowjetische Kriegsgefangene errichtet. Gegen Ende des Krieges übernahm die SS Teile des Lagers und errichtete ein Außenkommando des KZ Buchenwald. Zwangsarbeiter mussten ein unterirdisches Hauptquartier für Adolf Hitler bauen. Ende Januar 1945 wurden 1.000 Zwangsarbeiter von hier nach Bergen-Belsen transportiert. Viele von ihnen starben auf dem Weg dorthin.



Kurz vor Kriegsende eroberte die US-Armee den Truppenübungsplatz und nutzte ihn als Durchgangslager für sowjetische Kriegsgefangene. Von 1947 bis 1991 wurde der Truppenübungsplatz durch die sowjetischen Streitkräften genutzt. Seit dem Abzug der sowjetischen Truppen ist die Bundeswehr Nutzer des Truppenübungsplatzes und testet hier moderne

Waffensysteme. Zudem bildet sie Soldaten für ihre Auslandseinsätze aus. DIE LINKE. Thüringen organisiert gemeinsam mit Friedensinitiativen, Bündnis 90/Die Grünen und Gewerkschaften seit nunmehr vier Jahren einen Ostermarsch mit dem Ziel, die militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes zu beenden und das Gelände künftig zivil zu nutzen. Dafür bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, von Naturschutz, landwirtschaftlicher Nutzung bis hin zu den unterschiedlichsten Varianten der alternativen Energiegewinnung.

Das wichtigste Ziel ist aber, deutlich zu machen, dass durch Krieg keine Probleme, keine Konflikte gelöst werden können. Wir brauchen stattdessen eine gerechte und friedliche Außen- und Entwicklungspolitik. Dazu brauchen wir keine Truppenübungsplätze. Wir rufen deshalb alle friedensbewegten Menschen auf, am 23. April 2011 Gesicht zu zeigen und am zentralen Thüringer Ostermarsch in Ohrdruf teilzunehmen. *Doris Wiegand (KV Gotha)*

Das wichtigste Ziel ist aber, deutlich zu machen, dass durch Krieg keine Probleme, keine Konflikte gelöst werden können. Wir brauchen stattdessen eine gerechte und friedliche Außen- und Entwicklungspolitik. Dazu brauchen wir keine Truppenübungsplätze. Wir rufen deshalb alle friedensbewegten Menschen auf, am 23. April 2011 Gesicht zu zeigen und am zentralen Thüringer Ostermarsch in Ohrdruf teilzunehmen. *Doris Wiegand (KV Gotha)*

Das wichtigste Ziel ist aber, deutlich zu machen, dass durch Krieg keine Probleme, keine Konflikte gelöst werden können. Wir brauchen stattdessen eine gerechte und friedliche Außen- und Entwicklungspolitik. Dazu brauchen wir keine Truppenübungsplätze. Wir rufen deshalb alle friedensbewegten Menschen auf, am 23. April 2011 Gesicht zu zeigen und am zentralen Thüringer Ostermarsch in Ohrdruf teilzunehmen. *Doris Wiegand (KV Gotha)*

Politik - Kommunikation - Management

Auch im Jahr 2011 werden wir Wert auf die Sicherung und den weiteren Ausbau von Strukturen der innerparteilichen Bildungsarbeit legen.

Einen großen Schritt hat der Landesvorstand damit gemacht, ein Fortbildungsprogramm für dieses Jahr zu beschließen und sich für einen Ausbau in den kommenden Jahren zu positionieren. Im Mittelpunkt dessen werden Weiterbildungsveranstaltungen stehen, die als vier Wochenendveranstaltungen geplant sind und so durchgeführt werden.

Von der Kunst gelingender Kommunikation in konfliktreichen Situationen, über die freie Rede zu unterschiedlichsten politischen Anlässen, zu Grundlagen des Zeit- und Selbstmanagements, des Projektmanagements und des Personalmanagements – die Palette der Angebote ist breit, die Trainerinnen und Trainer der Kurse hochkarätig und bereits im Kontext der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung in Fragen Politikmanagement unterwegs. Momentan sind die Kreisverbände angehalten, sich auf vier dieser Themenschwerpunkte festzulegen und zu schauen, wo welcher Bedarf besteht.

Ich denke, dass die Fortbildungen auch dringend verstanden werden sollten, als ein Instrument der Parteienentwicklung vor Ort, hinsichtlich Nachwuchskonzept, Nachwuchsentwicklung und dem Erlernen von „Handwerkszeug“, um politische Kommunikation effektiver zu gestalten, um den neuen Erwartungen gerecht werden zu können.

Wendet Euch an Eure Kreisvorstände und sagt dort Bescheid, wenn Ihr Euch weiterbilden möchtet und auch zukünftig mit unserer Partei schlagkräftig Politik machen wollt. Gleich ob in Funktionen oder außerhalb gilt was Benjamin Franklin sagte: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“

Wendet Euch an Eure Kreisvorstände und sagt dort Bescheid, wenn Ihr Euch weiterbilden möchtet und auch zukünftig mit unserer Partei schlagkräftig Politik machen wollt. Gleich ob in Funktionen oder außerhalb gilt was Benjamin Franklin sagte: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“

Wendet Euch an Eure Kreisvorstände und sagt dort Bescheid, wenn Ihr Euch weiterbilden möchtet und auch zukünftig mit unserer Partei schlagkräftig Politik machen wollt. Gleich ob in Funktionen oder außerhalb gilt was Benjamin Franklin sagte: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“

Katrin Christ-Eisenwinder

Aktionsschwerpunkt

Ab dem 1. Mai 2011 droht eine neue Runde des Lohndumpings. Die noch geltenden Schutzregelungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fallen mit diesem Tag fast vollständig weg. Es besteht dann die Gefahr, dass Unternehmen Arbeitskräfte aus Ost- und Mitteleuropa in Deutschland zu Niedriglöhnen einsetzen, wie sie in deren Herkunftsländern gelten.

Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, so wie wir als LINKE ihn wollen, verhindert letztendlich die Entsolidarisierung und das Sich-Gegen-einander-Ausspielen ausländischer und deutscher Beschäftigter in Unternehmen. Das Thema Mindestlohn wird

deshalb zu einem Schwerpunkt für das 1. Halbjahr 2011 gemacht. Wir schlagen vor, die verbleibenden Wochen und Monate bis zum 1. Mai 2011 zu einem Countdown für den Mindestlohn zu machen. Mit Pressemitteilungen, Aktionen, Materialien und in Gesprächen werden wir unserer Forderung Nachdruck verleihen.

Katrin Christ-Eisenwinder

Mitmachzeitung

Liebe Leserinnen und Leser, mit der neuen Mitgliederzeitung wollen wir neben vielen Informationen zum aktuellen Geschehen und aus dem Landesvorstand auch den breiten Informations- und Erfahrungsaustausch unterstützen.

Unsere Mitgliederzeitung soll also auch von den Mitgliedern leben. Dazu ist der Beitrag von jedem einzelnen gefragt. Die Redaktionsgruppe wünscht sich, dass viele Beiträge aus den Basisgruppen, aus den Kreisorganisationen und aus den Arbeits- und Interessengemeinschaften kommen, die über die Arbeit berichten, Gutes und weniger Gutes aufzeigen Positionen vermitteln und so dazu beitragen, dass die Diskussion in der Partei befördert wird. Gute Erfahrungen sind hier sehr gefragt.

Also greift zur Feder, zum Kugelschreiber, zur Computer-Tastatur und teilt uns mit, was Euch auf der Seele brennt oder was auch für Andere interessant ist.

Eure Redaktion